

Oliver Thränert

**Die Zukunft ausländischer Truppen
in Deutschland**

Oliver Thränert

**Die Zukunft ausländischer Truppen
in Deutschland**

Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung,

Projektgruppe: Deutschlandpolitisches wissenschaftliches Forum

Bonn 1991

Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten der Friedrich-Ebert-Stiftung ist (auch in Auszügen) nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der FES gestattet.

Inhalt

Seite

1. Einleitung.....	1
2. Ausländische Truppen in Deutschland – Stand und Perspektiven	
2.1. Die Vereinigten Staaten.....	2
2.2. Großbritannien.....	4
2.3. Frankreich.....	5
2.4. Belgien.....	6
2.5. Niederlande.....	7
2.6. Kanada.....	8
3. Ausblick.....	9
Literatur.....	14

1. Einleitung

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges stehen auf deutschem Boden ausländische Truppen. Sie waren als Sieger gekommen und übernahmen nach dem Untergang Hitler-Deutschlands die höchste gesetzgebende, rechtsprechende und vollziehende Gewalt im besetzten Gebiet. Mit dem Entstehen zweier deutscher Staaten 1949 wurden diese Funktionen bereits größtenteils wieder von den Deutschen selbst übernommen. Mitte der fünfziger Jahre wandelte sich die Rolle der ausländischen Truppen in Deutschland in beiden Staaten de jure von Besatzern zu Stationierungstreitkräften im Rahmen der NATO bzw. des Warschauer Paktes. Während jedoch sowjetische Truppen in der ehemaligen DDR von der dortigen Bevölkerung weiterhin in erster Linie als Besatzer betrachtet wurden, da sie ein vom Volk nicht erwünschtes Regime stützten, entwickelten sich die Streitkräfte der westlichen Alliierten in der Bundesrepublik zu Partnern und Freunden. Daher werden sowjetische Soldaten das am 3. Oktober 1990 vollends wieder souverän gewordene Deutschland gemäß den Bestimmungen des "2+4"-Vertrages bis Ende 1994 verlassen. Soldaten der westlichen Verbündeten hingegen werden bleiben.

Am 25. September 1990 teilte die Bundesregierung den westlichen Stationierungsstaaten, also den Vereinigten Staaten, Kanada, Großbritannien, Frankreich, Belgien und den Niederlanden mit, sie wolle den Aufenthaltsvertrag vom 23. Oktober 1954 mit territorialer Begrenzung auf das Gebiet der alten Bundesrepublik bestehen lassen. Allerdings soll jede Vertragspartei die Möglichkeiten haben, eine Überprüfung des Abkommens zu beantragen. Außerdem soll jeder Vertragsstaat die Option haben, innerhalb von zwei Jahren von dem Aufenthaltsvertrag zurückzutreten.

In diesem Papier geht es nun um die Frage, welche Zukunft ausländische Streitkräfte nach dem fundamentalen Wandel der Ost-West-Beziehungen einerseits und der deutschen Vereinigung andererseits in einem souveränen Deutschland haben. Traditionell waren diesen Truppen zwei Hauptaufgaben zugefallen: sicherzustellen, daß Deutschland keine Bedrohung für seine Nachbarn mehr darstellen würde und im Rahmen der kollektiven Verteidigung der NATO eine sowjetische Expansion zu verhindern. Beide Aufgaben haben offensichtlich nunmehr erheblich an Bedeutung verloren. Ganz obsolet sind sie allerdings nicht geworden. Zwar geht die militärische Bedrohung aus dem Osten gegen Null, aber der mißglückte Moskauer Putsch im August 1991 hat doch gezeigt, wie schnell sich die Zeiten ändern können. Die Aufrechterhaltung einer Risikoversicherung scheint daher angebracht. Auch sollte man

nicht unterschätzen, daß Deutschland von seinen Nachbarn, darunter auch den westlichen, nach der Vereinigung besonders aufmerksam beäugt wird. Natürlich geht niemand von der Gefahr zukünftiger deutscher Expansionsgelüste aus. Ausländische Truppen auf deutschem Boden könnten dennoch zur Beruhigung derjenigen ausländischen Beobachter beitragen, die nicht so viel Vertrauen in die deutsche Entwicklung setzen wie dies die Deutschen selbst tun mögen. Die hier vertretene These, derzufolge ausländische Streitkräfte auch in Zukunft in Deutschland stationiert bleiben sollten, hat jedoch hauptsächlich einen anderen Grund: Die Renationalisierung der Verteidigungspolitik in Europa sollte unbedingt vermieden werden.

Alle westlichen Alliierten haben inzwischen eine Verringerung ihrer in Deutschland stationierten Streitkräfte angekündigt. Im Hauptteil dieser Analyse werden die entsprechenden Pläne, soweit sie bisher bekannt geworden sind, vorgestellt. Vor diesem Hintergrund werde ich zum Abschluß versuchen, einige Perspektiven zu entwickeln.

2. Ausländische Truppen in Deutschland – Stand und Perspektiven

2.1. Die Vereinigten Staaten

Die USA verfügen traditionell über das weitaus größte Truppenkontingent alliierter Streitkräfte in Deutschland. Der Umfang war im Verlaufe der vergangenen Jahrzehnte einigen Schwankungen unterworfen, pendelte sich aber im Laufe der Zeit auf um die 250.000 Soldaten ein. Hauptsächlich ging es den Vereinigten Staaten mit dieser Truppenstationierung um die Abschreckung der Sowjetunion einerseits, andererseits aber auch darum, sich als europäische Macht zu etablieren. Die NATO, in der die USA die "erste Geige" spielen, erlaubte es, Einfluß auf die europäische Politik zu nehmen. Diese Rolle hätten die USA in diesem Maße aber nicht einnehmen können, hätten sie keine Soldaten in Europa stationiert.

Allerdings muß in diesem Zusammenhang beachtet werden, daß Europa für die Vereinigten Staaten immer nur ein Schauplatz unter anderen war. Auch blieb eine etwaige Entscheidung über den Einsatz insbesondere der in Europa stationierten Kernwaffen dem amerikanischen Nationalinteresse im Zweifelsfalle untergeordnet.

Kritik an der Stationierung von US-Truppen in Europa ist in den Vereinigten Staaten nicht neu. Allerdings scheint sie zunehmend an Bedeutung zu gewinnen. Dabei sind die Kritiker sowohl rechts als auch links im amerikanischen politischen Spektrum angesiedelt.

Unilateralisten sind grundsätzlich skeptisch gegenüber den entspannungsfreudigen europäischen Wohlfahrtsstaaten eingestellt. Ihre Vision ist eine regionalisierte Weltwirtschaftsordnung. Die nord- und südamerikanischen Märkte sollten sich daher von Europa abgrenzen. Bündnisse wie die NATO seien ohnehin nur von beschränkter Dauer, und es sei sogar für die USA wünschenswert, dieses Bündnis zu verlassen, da es in der Vergangenheit nur die globale Handlungsfreiheit der Vereinigten Staaten eingeschränkt habe. Die Stationierung von US-Truppen in Europa habe die dortigen Verbündeten lediglich dazu verleitet, ihre Verteidigungsanstrengungen zu vernachlässigen. In der Konsequenz wird daher der völlige Rückzug amerikanischer Truppen aus Europa befürwortet.

Bei Demokraten dagegen ist eine solche Forderung populär, da sie grundsätzlich die Auffassung vertreten, es sei nunmehr an der Zeit, sich um die Innenpolitik zu kümmern, besonders um das Bildungs- und Gesundheitswesen und den Abbau des exorbitanten amerikanischen Haushaltsdefizits. Von dieser Seite des politischen Spektrums war den Europäern schon lange vorgehalten worden, sie ließen sich von den USA aushalten.

Allgemein sprechen eine Reihe von Gründen gegen eine fortgesetzte US-Truppenpräsenz auf dem Kontinent: die Eindämmung der Sowjetunion, das klassische Ziel amerikanischer Außenpolitik, erscheint nicht mehr notwendig; die USA konzentrieren sich nunmehr auf andere Weltgegenden, wie etwa den Nahen Osten; der Wirtschaftskonflikt im Dreieck USA-Japan-Europa dürfte in Zukunft eher noch an Brisanz gewinnen, was wiederum den Einfluß der Isolationisten und Unilateralisten in Washington stärken könnte.

Befürworter einer Fortsetzung der amerikanischen Truppenpräsenz argumentieren insbesondere damit, daß die Europäer weiterhin Rückendeckung benötigten. Vor allem für die meisten Geopolitiker, für die internationale Politik in erster Linie Machtpolitik ist, bleibt die Aufrechterhaltung des NATO-Bündnisses und damit auch die Präsenz amerikanischer Soldaten in Europa weiterhin erforderlich. Einige Kommentatoren

argumentieren zudem, US-Truppen könnten im Krisenfall von Europa aus den Nahen Osten zur Verteidigung Israels schneller erreichen.

Tatsächlich sprechen zwei wichtige Gründe für eine fortgesetzte US-Truppenpräsenz in Europa: erstens ist völlig unklar, welche Entwicklung die Sowjetunion und Osteuropa nehmen werden. Vor diesem Hintergrund könnten Amerikaner und Westeuropäer gleichermaßen die amerikanische Anwesenheit in Europa befürworten. Zweitens sollte vermieden werden, daß es auch in Westeuropa zu einer Renationalisierung der Verteidigungspolitik kommt.

Die Bush-Administration jedenfalls hat sich eindeutig für den Erhalt der NATO und für die Einbindung Deutschlands in das transatlantische Verhältnis eingesetzt. In Washington wird das atlantische Bündnis als Eckpfeiler auch einer zukünftigen europäischen Sicherheitsordnung betrachtet. Ein völliger Rückzug amerikanischer Truppen wäre aber ein Signal gegen die NATO. Die Amerikaner müßten dann befürchten, daß der Atlantik breiter würde und sie zu einer Randerscheinung auf dem europäischen Schauplatz degenerierten. Gerade eine solche Entwicklung ist in Washington jedoch nicht erwünscht. Daher werden amerikanische Soldaten auch in Zukunft in Europa verbleiben. Ihre Anzahl dürfte allerdings beträchtlich reduziert werden. In einem ersten Schritt werden von den ca. 250.000 Mann in Deutschland ca. 75.000 bis 1995 abgezogen werden, so daß noch 175.000 bleiben. Weitere Reduzierungen sind wahrscheinlich. Vermutlich wird am Ende der Umfang in etwa ein Korps, d.h. ca. 70.000 Mann betragen.

2.2. Großbritannien

Auch Großbritannien hat ein politisches Eigeninteresse an der Fortsetzung der Stationierung eines Teils seiner Soldaten in Deutschland. Traditionell ist das britische Truppenkontingent in Deutschland das zweitgrößte. Großbritanniens Ziel ist die Unterstützung der NATO. Sie wird in London wie in Washington als ein zentrales Element auch einer zukünftigen europäischen Sicherheitordnung angesehen. Aufgrund der besonderen britisch-amerikanischen Beziehungen ist Downing Street daran gelegen, die amerikanischen Truppen in Deutschland nicht zu isolieren. Dies könnte nämlich den völligen Rückzug der Amerikaner zur Folge haben, den die britische Regierung aus Stabilitäts Gesichtspunkten aber auf jeden Fall vermeiden möchte. Daher werden auch in Zukunft britische Soldaten in Deutschland stationiert sein.

Aber auch bei den britischen Streitkräften in Deutschland wird es zu Reduzierungen kommen. Aufgrund der geschwundenen östlichen Bedrohung ist der Verteidigungshaushalt nicht mehr im bisherigen Umfang legitimierbar. Er soll daher bis 1995 um jährlich 6 % gesenkt werden. Der Personalbestand der britischen Streitkräfte soll von ca. 322.000 auf 246.000 schrumpfen. Allein das Heer soll von bisher 160.000 Soldaten auf 116.000 reduziert werden.

Die in Deutschland stationierte Rheinarmee einschließlich der Luftwaffe soll in Zukunft statt bisher ca. 65.000 Soldaten nur noch ca. 30.000 umfassen. Die Landstreitkräfte werden von drei auf nur noch eine Division gekürzt. Hinzu kommen die Luftstreitkräfte mit vier Tornado- und zwei Harrier-Staffeln sowie den entsprechenden Unterstützungskomponenten. Die verbleibenden britischen Landstreitkräfte in Deutschland werden vermutlich der nun zu schaffenden schnellen Eingreiftruppe der NATO unterstellt. Diese neue Einheit wird von einem Briten kommandiert werden.

Im übrigen wird Großbritanniens Armee ab 1992 schrittweise seine Manöver im bewohnten Gebiet des Raumes Soltau-Lüneburg einstellen. Die Briten hatten bislang in der Lüneburger Heide über einmalige Sonderrechte in bezug auf ihre dortigen Manöververtätigkeiten verfügt. Dies hatte immer wieder zu Komplikationen mit der einheimischen Bevölkerung geführt, die insbesondere landschaftliche Schäden größten Ausmaßes in Naturschutzgebieten, aber auch die enormen Lärmbelastigungen beklagte. Ab 1994 werden die Briten Manöver nur noch auf Truppenübungsplätzen der Bundeswehr durchführen.

2.3. Frankreich

Wie der britische ist auch der französische Verteidigungshaushalt von vielfältigen Kürzungen betroffen. Sie ergeben sich einerseits aus finanziellen Restriktionen des französischen Staatshaushaltes, andererseits aus einer im Schwinden begriffenen Legitimationsgrundlage für die Verteidigungsausgaben vor dem Hintergrund des Wandels in den Ost-West-Beziehungen. Das Reformprogramm "Armee 2000" sieht daher bis 1994 die Auflösung von 35 Regimentern vor. Das französische Heer wird von 235.000 auf 200.000 Soldaten abgespeckt.

Angesichts der Tatsache, daß Frankreich schon seit 1966 nicht mehr an der militärischen Integration der NATO teilnimmt und daher auch nie Truppen für die NATO-

Vorneverteidigung stellte, nimmt es nicht wunder, daß insbesondere die französischen Truppen in Deutschland von diesen Kürzungsmaßnahmen betroffen sind.

Bislang umfaßten die französischen Truppen in Deutschland ca. 44.000 Soldaten. Sie waren damit dem Umfang nach das drittgrößte Kontingent ausländischer Streitkräfte in Deutschland. Gemäß einer Ankündigung des französischen Präsidenten Mitterand vom Juli 1990 sollen sie bis 1994 vollständig von deutschem Boden abgezogen werden. Lediglich die Soldaten der im Raum Böblingen stationierten deutsch-französischen Brigade bleiben davon ausgeschlossen. 1991 und 1992 sollen jeweils 10.000 französische Soldaten hinter den Rhein zurückbeordert werden. Sie gehören dem II. Korps an, dessen Kommando von Baden-Baden nach Straßburg zurückverlegt wird.

Der Zeitpunkt der Ankündigung dieser Maßnahme machte jedoch deutlich, daß sie mit den anstehenden Kürzungen im Verteidigungshaushalt keinesfalls zu erklären ist. Tatsächlich muß berücksichtigt werden, daß die Stationierung von Truppen in Deutschland in Paris weniger unter militärischen als unter politisch-symbolischen Gesichtspunkten betrachtet wurde. Damit sollte Frankreichs Position als Siegermacht des Zweiten Weltkrieges unterstrichen werden. Da diese Funktion nach der Entlassung der Deutschen in die volle Souveränität am 3. Oktober 1990 wegfiel, ist der Abzug der französischen Truppen folgerichtig. Auch sah man es in Paris vermutlich als einen Widerspruch in sich an, wenn ein souveräner Staat fremde Truppen auf seinem Territorium dulde. Frankreich selbst hatte schließlich 1966 unter de Gaulle gerade deshalb auf dem Abzug aller amerikanischen Soldaten bestanden.

Am 14. Oktober 1991 veröffentlichten Präsident Mitterand und Bundeskanzler Kohl eine Botschaft zur gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Sie regten darin u.a. an, deutsch-französische Einheiten könnten den Kern eines zukünftigen europäischen Korps bilden. Möglicherweise bedeutet dies, daß doch mehr französische Soldaten als vorgesehen im Zuge des Aufbaus multinationaler Einheiten in Deutschland bleiben.

2.4. Belgien

Belgien hat seit 1946 Truppen in Deutschland stationiert. In jenem Jahr übernahmen 33.000 belgische Soldaten einen Teil der damaligen britischen Besatzungszone. Später wurde dieses Truppenkontingent leicht reduziert. Angesichts der Tatsache, daß es sich

bei Belgien um einen recht kleinen Staat handelt, war der Umfang seine Streitkräfte in Deutschland dennoch relativ groß. Etwa 80 % der Soldaten des der NATO unterstellten ersten belgischen Korps, d.h. ca. 25.000 Mann, standen auf deutschem Boden. Dieser Friedensumfang der Streitkräfte hätte in politischen Krisen auf bis zu 72.000 Mann aufgestockt werden können. Das belgische Truppenkontingent in Deutschland war Teil der im Zuge der NATO-Vorneverteidigung aufgestellten "Schichttorte".

Aber auch Belgien wird seine in Deutschland stationierten Truppen drastisch reduzieren. Hauptmotiv ist die Entlastung des belgischen Staatshaushaltes durch Kürzungen beim Verteidigungshaushalt. Aus diesem Grund hatte Belgien schon in den vergangenen Jahren die gesetzten Streitkräfteziele nicht erreicht. Noch während der Verhandlungen über die Reduzierung konventioneller Streitkräfte vom Atlantik bis zum Ural wollte Belgien Truppenreduzierungen vornehmen, konnte aber von seinen Alliierten davon abgehalten werden.

Die Reduzierung der Verteidigungslasten wird vor allem die belgischen Truppen in Deutschland betreffen. Sie kosteten in der Vergangenheit immerhin 2,5 Millionen belgische Francs, d.h. ca. 120 Millionen DM. Sie werden nach 1995 nur noch eine mechanisierte Brigade, d.h. ca. 3.500 Soldaten umfassen. Diese Brigade wird in der Nähe Kölns stationiert sein. Sie wird den zukünftigen multinationalen Streitkräften der NATO unterstellt.

2.5. Niederlande

Die Niederlande gelten als stark transatlantisch orientiert. Daher setzt sich die niederländische Regierung deutlich für eine Aufrechterhaltung der NATO ein. Anders als Belgien hatten die Niederlande jedoch nicht unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg Truppen in Deutschland stationiert. Dies geschah vielmehr erst 1959, als die erste niederländische Luftwaffenstaffel auf den von Großbritannien unterhaltenen Fliegerhorst Laarbruch verlegt wurde. Erst 1961 wurden auch Soldaten der Landstreitkräfte in Deutschland stationiert. Eine niederländische Brigade wurde der NATO-Vorneverteidigung zugeordnet.

Derzeit umfassen die niederländischen Streitkräfte in Deutschland ca. 7.700 Mann. Bis Ende 1992 sollen sie um etwa 800 Soldaten verringert werden. Ende 1997 soll das Truppenkontingent nur noch ca. 5.200 Soldaten umfassen. Die 41. Brigade und ihre

Unterstützungseinheiten werden nach wie vor den Kern bilden. Alle Raketeneinheiten der Luftverteidigung werden auf niederländisches Territorium zurückgeführt. Diese relativ gering ausfallenden Reduzierungen unterstreichen das starke niederländische Interesse an einer Aufrechterhaltung der atlantischen Allianz.

2.6. Kanada

Kanada, das größte kleine Land der Erde, begann im Februar 1951 Truppen in Deutschland zu stationieren. Im Zuge der Verschärfung der Ost-West-Beziehungen während des Korea-Krieges fühlte sich Kanada verpflichtet, zur Einhegung sowjetischer Macht beizutragen.

Es war jedoch nicht nur transatlantische Solidarität, die Kanada dazu bewog, Streitkräfte in Deutschland zu unterhalten. Vielmehr wollte sich der nördliche Nachbar der USA ebenso wie diese selbst als europäische Macht etablieren. Nur durch die Mitwirkung in multilateralen Bündnissen oder Sicherheitssystemen wie der NATO oder der KSZE konnte Kanada hoffen, Einfluß auf europäische Belange nehmen zu können. Die Stationierung von Streitkräften auf dem Kontinent wurde dafür als Voraussetzung angesehen.

Bislang hat das kanadische Truppenkontingent aus ca. 7.700 Soldaten bestanden. Sie gehören der vierten mechanisierten Brigade bzw. der ersten Luftgruppe mit drei Staffeln an und sind in Lahr und Baden-Söllingen stationiert. Ähnlich den französischen Streitkräften waren die kanadischen jedoch nicht für die unmittelbare NATO-Vorneverteidigung vorgesehen. Vielmehr sollten sie amerikanische Einheiten im rückwärtigen Raum unterstützen.

Im September 1991 hat die kanadische Regierung angekündigt, sie wolle nahezu sämtliche Truppen bis 1995 aus Deutschland abziehen. Es werden lediglich ca. 1.100 Soldaten der Landstreitkräfte verbleiben. Die Stützpunkte Lahr und Baden-Söllingen sollen jedoch beide geschlossen werden. Unklar ist bislang, wo die verbleibenden Truppen in Baden-Württemberg stationiert werden sollen. Das Hauptmotiv für diese Initiative dürfte auch hier in notwendig gewordenen Kürzungen des Verteidigungshaushaltes zu suchen sein. Durch die beabsichtigten Rückführungen erwartet das kanadische Verteidigungsministerium Einsparungen von ca. 1 Milliarde Dollar pro Jahr.

Immerhin zieht sich Kanada jedoch nicht – wie bisweilen befürchtet wurde – gänzlich aus Europa zurück. Sicherlich ist den nach 1995 übrigbleibenden Einheiten wirklich nur noch ein rein symbolischer Wert zuzumessen, aber sie unterstreichen doch das fortgesetzte kanadische Interesse, an der europäischen Entwicklung auch in Zukunft mitwirken zu wollen. Ob dies so bleiben wird hängt allerdings nicht zuletzt vom Ausgang der kanadischen Verfassungsdebatte ab. Sollte es nicht gelingen, den kanadischen Staat in seiner bisherigen Form zusammenzuhalten, dürften die kanadischen Truppen in Deutschland gänzlich abgezogen werden.

3. Ausblick

Die Anwesenheit ausländischer Truppen in Deutschland könnte in der zweiten Hälfte der 90er Jahre in Frage gestellt werden, nachdem der letzte sowjetische Soldat deutsches Territorium verlassen haben wird. Die öffentliche Meinung könnte den Sinn der Stationierung alliierter Soldaten angesichts der geschwundenen östlichen Bedrohung in Frage stellen. Auch dürfte es zumindest für die Deutschen wenig akzeptabel sein, die Präsenz ausländischer Einheiten in ihrem Land mit dem Argument zu befürworten, damit könne sichergestellt werden, daß Deutschland auch in Zukunft nicht zu einer Gefahr für seine Nachbarn wird. Daß dies diese selbst anders sehen mögen steht auf einem anderen Blatt.

Bislang haben sich sowohl die Bundesregierung als auch die Regierungen aller Stationierungsstaaten – mit Ausnahme Frankreichs – für eine Fortsetzung der Stationierung ausländischer Streitkräfte in Deutschland ausgesprochen. Sogar Kanada, das selbst nur eine kleine Streitmacht unterhält, durch den Atlantik von Europa getrennt ist und momentan genug mit sich selbst zu tun hat, wird sich auch nach 1995 nicht gänzlich zurückziehen.

Zentral ist natürlich die Frage, ob die USA weiterhin Soldaten in Deutschland belassen wollen. Zwar scheinen dort isolationalistische und unilateralistische Strömungen an Einfluß zu gewinnen, aber aller Voraussicht nach dürfte auch ein zukünftiger demokratischer Präsident, auch wenn er sich mehr der Innenpolitik zuwenden müßte, nicht gänzlich auf die Möglichkeit verzichten, Einfluß auf die Vorgänge in Europa nehmen zu können. Der NATO wird in diesem Zusammenhang die wichtigste Rolle zukom-



men. Ein völliger Rückzug amerikanischer Truppen vom Kontinent käme aber vermutlich einem Ende der NATO gleich.

Die Briten und die Niederländer, aber auch die Belgier sind an einer fortgesetzten amerikanischen Präsenz interessiert. Schon aus diesem Grund werden sie sich nicht gänzlich zurückziehen, um die Vereinigten Staaten nicht zu isolieren. Selbst Frankreich scheint neuerdings seine Politik zu ändern und sieht in einer Stärkung gemischter deutsch-französischer Einheiten, die vorwiegend auf deutschem Boden disloziert werden dürften, u.a. eine Möglichkeit, die Deutschen einzubinden und der Selbstisolation zu entgehen.

Ausländische Truppen scheinen also in Deutschland auch nach 1995 eine Zukunft zu haben. Und dies ist gut so. Da in Europa – nicht nur in seinem östlichen, sondern bis zu einem gewissen Grad auch in seinem westlichen Teil – das Gespenst des Nationalismus wieder herumgeistert sollten nun die NATO-Staaten in dem so wichtigen Bereich der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik nicht auch noch in die Pflege nationaler Attitüden zurückfallen. Im Gegenteil: auf der Tagesordnung sollte die Multinationalisierung stehen. Und dies bedeutet auch die fortgesetzte Stationierung ausländischer Truppen in Deutschland. Drei Voraussetzungen sollten jedoch erfüllt werden:

a) Beseitigung alliierter Sonderrechte

Ausländische Truppen in Deutschland genießen aufgrund von gesonderten Vereinbarungen in Abweichung vom NATO-Truppenstatut Sonderrechte. Diese Sonderrechte betreffen u.a. die Durchführung von Manövern, die Ausweispflicht, die Führerscheine, die Zulassung privater Kraftfahrzeuge, das Waffenrecht, die Gerichtsbarkeit über ziviles Gefolge und Angehörige, die Militärpolizei, die Beschäftigung deutschen und nicht-deutschen Personals.

Eines der wichtigsten Sonderrechte besteht darin, daß ausländische Truppen nicht wie eigentlich im NATO-Truppenstatut vorgesehen Manöver grundsätzlich nur auf den ihnen zugewiesenen Liegenschaften durchführen dürfen, sondern laut Zusatzvereinbarung ist ihnen das Recht eingeräumt, auch außerhalb dieser Liegenschaften Manöver und Übungen abzuhalten. Ausländische Truppen dürfen sogar im Gegensatz zur Bundeswehr in Naturschutzgebieten üben. Die Zuständigkeit ausländischer Militärpolizei ist ebenfalls nicht auf die überlassenen Liegenschaften begrenzt. Sie darf überall z.B. Streifengänge durchführen und auch in den Straßenverkehr eingreifen. Dies war

in der Vergangenheit oft der Fall, wenn die Militärpolizei nach Verkehrsunfällen, an denen alliierte Militärfahrzeuge beteiligt waren, das Gebiet weiträumig abspernte. Auch üben die ausländischen Streitkräfte einschließlich ihres zivilen Gefolges in Deutschland ihre eigene Gerichtsbarkeit aus. Dies hat u.a. dazu geführt, daß gegen amerikanische Soldaten wegen einer in Deutschland begangenen Straftat die Todesstrafe verhängt wurde, obwohl diese in Deutschland verboten ist.

Diese Art von alliierten Sonderrechten sollte im nunmehr souveränen Deutschland beseitigt werden. Dies dürfte die Akzeptanz ausländischer Streitkräfte bei der deutschen Bevölkerung entscheidend erhöhen, hatte diese sich doch besonders anlässlich spektakulärer Unfälle mit alliierter Militärgüter ohnmächtig gefühlt, da deutsche Behörden kaum über Eingriffsmöglichkeiten verfügten. Es war dieses Ohnmachtsgefühl, das zuweilen den Eindruck aufkommen ließ, bei den ausländischen Streitkräften in Deutschland handele es sich nach wie vor um Besatzer.

Im September 1991 sind zwischen der Bundesregierung und den Regierungen der Stationierungsstaaten Verhandlungen über das Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut aufgenommen worden. Die Bundesregierung sollte sich nicht scheuen, den befreundeten Regierungen die Dringlichkeit der Abschaffung ihrer Sonderrechte zu verdeutlichen, um auch in Zukunft die Stationierung ausländischer Truppen auf deutschem Boden sicherstellen zu können.

b) Multinationale Einheiten

Die Aufstellung multinationaler Einheiten dürfte ebenfalls dazu beitragen, die Akzeptanz ausländischer Truppen in Deutschland zu erhöhen. Tatsächlich hat die NATO vor, gerade auf diesem Weg weiter voranzuschreiten. Multinationale Einheiten sind für die NATO kein Neuland. Bereits 1960 wurde die "Allied Command Europe Mobile Force Land/Air" (AMF) gegründet. Diese mobile Einheit war insbesondere für den Einsatz an den NATO-Flanken in politischen Krisenzeiten vorgesehen worden, um die Solidarität innerhalb des Bündnisses demonstrieren zu können. Der AMF gehören ca. 5.000 Soldaten an. Sie sollen innerhalb von 72 Stunden überall im europäischen NATO-Gebiet stationierbar sein. Während des letzten Golfkrieges wurde diese Einheit unter deutscher Beteiligung in der Türkei eingesetzt.

Angesichts des Endes der traditionellen Ost-West-Konfrontation hat die NATO beschlossen, ihre Strategie der Vorverteidigung zugunsten einer Strategie der

"mobilen Gegenkonzentration" aufzugeben. Damit soll sowohl der möglicherweise verbleibenden Rest-Bedrohung seitens der Sowjetunion als auch anderen, unvorhersehbaren Gefahren und Risiken begegnet werden können. Schon im April 1991 hatte der NATO-Militärausschuß entsprechende Empfehlungen veröffentlicht.

Die künftige Streitkräftestruktur wird drei Hauptelemente beinhalten: eine schnelle Eingreiftruppe; Hauptverteidigungsstreitkräfte; Verstärkungseinheiten. Das schnelle Eingreifkorps (Rapid Reaction Corps – RRC) wird eine multinationale Kampfeinheit sein, die von der Arktis bis zum Mittelmeer einsetzbar sein soll. Sie wird von einem britischen General kommandiert werden und ihr Hauptquartier entsprechend in Großbritannien haben. Zwei ihrer insgesamt vier Divisionen werden britisch sein, von denen eine in Deutschland stationiert sein wird. Hinzu kommen zwei multinationale Divisionen. Eine Luftlandedivision wird gebildet aus deutschen, belgischen und niederländischen Soldaten. Vermutlich kommen auch noch die in Deutschland verbleibenden kanadischen Truppen dazu. Die zweite multinationale Division wird aus italienischen, griechischen und türkischen Einheiten gebildet. Eine fünfte amerikanische Division wird möglicherweise ebenfalls diesem Kommando unterstellt. Eventuell wird sie ihr Gerät in Europa einlagern, die Truppen aber in den USA bereithalten.

Die Hauptverteidigungsstreitkräfte werden aus sieben Korps bestehen, von denen sechs multinational sein werden. Sie lösen die bisherigen acht nationalen Korps ab. Zwei der multinationalen Korps werden deutschem Kommando, je eines amerikanischem, belgischem und niederländischem Kommando unterstellt. Das sechste Korps wird ein gemeinsames deutsch-dänisches Kommando haben. Das siebte, nationale Korps wird ein rein deutsches sein. Es wird auf dem Territorium der ehemaligen DDR stationiert sein.

Verstärkungseinheiten zusätzlich zu diesen Streitkräften dürften von den Vereinigten Staaten, Kanada und möglicherweise Spanien gestellt werden. Sie werden erst bei akutem Bedarf zugeführt.

Mit diesen Plänen geht die NATO den richtigen Weg. Sie verhindert damit ein Auseinanderfallen der Allianz und einen Rückschritt zu jeweils nationalen Verteidigungs- und Sicherheitspolitiken. Gleichzeitig macht sie die Stationierung ausländischer Truppen in Deutschland auch in Zukunft zu einer Selbstverständlichkeit.

c) Reziprozität

Gegenwärtig sind ausländische Truppen in Deutschland stationiert, während umgekehrt sich kaum deutsche Soldaten im Ausland aufhalten. Lediglich die Niederlande bilden da eine Ausnahme. In dem 1963 geschlossenen deutsch-niederländischen Stationierungsvertrag ist nicht nur der Aufenthalt holländischer Einheiten in Deutschland, sondern auch die Anwesenheit deutscher Soldaten in den Niederlanden geregelt. Dort ist das zweite Trainingsregiment der Luftwaffe nebst Sanitätseinrichtungen stationiert. Daneben werden Bundeswehrsoldaten im Ausland ausgebildet, vor allem in den USA und Kanada, aber auch in Großbritannien, Italien, Portugal und Griechenland.

Solange die traditionelle Ost-West-Konfrontation anhielt war es strategisch gerechtfertigt, daß die größten Truppenkonzentrationen in der alten Bundesrepublik existierten und deutsche Soldaten nur in Ausnahmefällen im Ausland stationiert waren. Diese Situation ist nun nicht mehr gegeben. Eine stärkere Verwirklichung des Prinzips der Reziprozität nach dem deutsch-niederländischen Vorbild könnte den Deutschen das Gefühl nehmen, eine Sonderrolle einzunehmen. Daher wäre es sinnvoll, wenn zumindest Teile der zukünftigen multinationalen NATO-Korps bei unseren westeuropäischen Nachbarn stationiert werden würden. Dies wäre selbst dann sinnvoll, wenn der Umfang der entsprechenden Einheiten lediglich symbolischen Wert hätte.

Literatur

Hans-Georg Ehrhart, Nukleare und konventionelle Abrüstung in Europa: Zur französischen Position, in: Oliver Thränert (Hrsg.), Nach Wien I: die Zukunft der nuklearen und konventionellen Abrüstung auf dem Weg zu einer neuen europäischen Friedensordnung, Bonn (Friedrich-Ebert-Stiftung) 1991, S. 83-102.

David G. Haglund / Olaf Mager (Ed.), Homeward Bound? Allied Forces in the New Germany, Boulder 1992 (i.E.).

Bernd W. Kubbig (Hrsg.), Transatlantische Unsicherheit, Frankfurt/M. 1991.

Olaf Mager, The Future of the Allied Forces in the United Germany, in: Bruce George (Ed.), Jane's NATO Handbook 1991 (i.E.).

ders., Die Zukunft alliierter Streitkräfte in Deutschland, in: Informationen für die Truppe Heft 3/1992 (i.E.).

Dieter Schröder, Neubestimmung der Stellung der alliierten Truppen im vereinten Deutschland?, Bonn (Friedrich-Ebert-Stiftung) 1991.

Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung

**Auswahl der jüngsten Veröffentlichungen
(kostenlose Abgabe)**

Aus dem Arbeitsbereich *Außenpolitikforschung/Sicherheit und Abrüstung*

Bestellungen bei **Salome Krausa, Godesberger Allee 149, 5300 Bonn 2**

Studien

- Nr. 44 Wilhelm Bruns/Wulf-W. Lapins (Hrsg.)
Jan. 1991 Die Bundeswehr vor neuen Aufgaben und Herausforderungen
ISSN 0938-9571
ISBN 3-926132-43-4
- Nr. 45 Wilhelm Bruns
März 1991 Zur Rolle Deutschlands in der internationalen Politik
ISSN 0938-9571
ISBN 3-926132-57-4
- Nr. 46 Oliver Thränert
März 1991 Ende nuklearer Tests in Sicht?
Die Vertragsänderungskonferenz zum partiellen Teststoppvertrag
ISSN 0938-9571
ISBN 3-926132-59-0
- Nr. 47 Oliver Thränert
Nov. 1991 Vom Rüstungswettlauf zum Abrüstungswettlauf?
US-Präsident Bushs Abrüstungsinitiative vom 27. September 1991
und die Antwort des sowjetischen Präsidenten Gorbatschow
ISSN 0938-9507
ISBN 3-86077-011-X
- Nr. 48 Christian Krause
Nov. 1991 Der Westen und die Krise in Osteuropa
Eine Zwischenbilanz nach dem Putsch in Moskau
ISSN 0938-9571
ISBN 3-86077-012-8

Kurzpapiere

- Nr. 45 Wilhelm Bruns
Jan. 1991 Vorschläge und Gesichtspunkte zur Streitschlichtung in Europa
- Nr. 46 Wulf-W. Lapins
Jan. 1991 Die Sowjetunion und die europäische Sicherheit – Von der kollekti-
ven Sicherheit zur KSZE –

- Nr. 47 Wulf-W. Lapins
Febr. 1991 Die Gorbatschow-Doktrin der Einheit der Sowjetunion und die Baltische Frage
- Nr. 48 Oliver Thränert
Mai 1991 Die Bio-/Toxin-Waffen-Konvention in Vergangenheit und Gegenwart. Vor ihrer dritten Überprüfungskonferenz

Bücher (nur über den Buchhandel erhältlich)

Wilhelm Bruns,
Die Außenpolitik der DDR. Berlin 1985.

Oliver Thränert,
Rüstungssteuerung und Gradualismus. Möglichkeiten und Grenzen einer alternativen Sicherheitspolitik. München 1986.

Wilhelm Bruns (Hrsg.),
Die Ost-West-Beziehungen am Wendepunkt? – Bilanz und Perspektiven. Bonn 1988.

Hans-Georg Ehrhart,
Die "deutsche Frage" aus französischer Sicht (1981–87) – Frankreich zwischen deutschlandpolitischen Befürchtungen, sicherheitspolitischen Nöten und europäischen Hoffnungen. München 1988.

Wilhelm Bruns,
Von der Deutschland-Politik zur DDR-Politik? Opladen 1989.

Oliver Thränert,
Einseitige Abrüstung? Erfahrungen mit bisherigen Initiativen der USA und der UdSSR. Frankfurt a.M./New York 1991.

**Aus dem Arbeitsbereich
"Außenpolitikforschung/Sowjetunion und Osteuropa"**

Bestellungen bei **Marianne Seybold, Godesberger Allee 149, 5300 Bonn 2**

Studien

- Jan. 1991 Henrik Bischof
Stand und Perspektiven der Perestrojka in der Sowjetunion –
Föderation oder Diktatur –
ISSN 0938-9571
ISBN 3-926132-48-5
- Febr. 1991 Henrik Bischof
Systemkrise in Jugoslawien
ISSN 0938-9571
ISBN 3-926132-55-8

Juli 1991 Henrik Bischof
Das Ende der Perestrojka? – Systemkrise in der Sowjetunion –
ISSN 0938–9571
ISBN 3–926132–88–4

Sept. 1991 Henrik Bischof
Polen auf dem Weg zur Demokratie
– Am Vorabend der ersten freien Wahlen –
ISSN 0938–9571
ISBN 3–926132–94–9

Kurzpapiere

Nr. 12 Henrik Bischof
März 1991 Probleme bei der Integration Osteuropas in ein gesamteuropäisches
Sicherheitsystem

Nr. 13 Henrik Bischof
Mai 1991 Die ersten freien Wahlen in Albanien

Aus dem Arbeitsbereich "Forum Deutsche Einheit":

Bestellungen bei **Marianne Seybold, Godesberger Allee 149, 5300 Bonn 2**

Faltblattreihe "Forum Deutsche Einheit – Aktuelle Kurzinformationen"

Nr. 1/91 Wohnungsnot und Wohnungsmarkt in den neuen Bundesländern
Jan./Febr.
1991

Nr. 2/91 Gesamtdeutsche Verkehrsprobleme auf Straße und Schiene
März 1991

Nr. 3/91 Hochschulen im Umbruch
Mai 1991

Nr. 4/91 Von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft
Juni 1991

Nr. 5/91 Reizüberflutung – neue und alte Medien in Deutschland–Ost
Juli 1991

Nr. 6/91 Gesundheitswesen: mehr Staat oder mehr Markt?
Aug. 1991

Nr. 7/91 Im Blickpunkt: Schulen
Sept. 1991

Nr. 8/91 Gewerkschaften heute: Der Kampf um die soziale Einheit
Okt. 1991

Aus dem Arbeitsbereich "Forum Deutsche Einheit":

Bestellungen bei **Marianne Seybold, Godesberger Allee 149, 5300 Bonn 2**

Schriftenreihe "Forum Deutsche Einheit – Perspektiven und Argumente" 1990

Nr. 5 Wolf Oschlies
Die Sorben – Slawisches Volk im Osten Deutschlands
2. überarbeitete Auflage

Nr. 6 Peter Joachim Lapp
Die fünf neuen Länder

* = vergriffen!

Aus dem Arbeitsbereich "Deutschlandpolitisches wissenschaftliches Forum"

Bestellungen bei **Bärbel Ackermann, Godesberger Allee 149, 5300 Bonn 2**

8. Deutschlandpolitisches Forum

18. April 1991 Probleme und Perspektiven des deutschen Einigungs-
prozesses
**Manfred Stolpe, Ministerpräsident des Landes
Brandenburg**

Vortragsreihe

"Wie sehen unsere Nachbarn den deutschen Vereinigungsprozeß?"

28. Januar 1991 Die deutsche Entwicklung aus polnischer Sicht
Janusz Reiter, Botschafter der Republik Polen

16. Oktober 1991 Die deutsche Entwicklung aus tschechoslowakischer Sicht
**Jirj Grusa, Botschafter der Tschechischen und
Slowakischen Föderativen Republik**

Vortrag vor dem Arbeitskreis "Deutschlandpolitisches wissenschaftliches Forum"

24. September 1991 Zur politischen Kultur im vereinten Deutschland
– Über deutsche Vergangenheitsbewältigung und
Zukunftsorientierung –
Eberhard Brecht, MdB (Sachsen-Anhalt)